

(Ministerin Brusis)

(A) zur Sportpolitik in Nordrhein-Westfalen befaßt. Ich habe bei der Beratung dieser Anträge eigentlich immer wieder darauf hinweisen können, daß das, was die CDU-Landtagsfraktion hier beantragt, in Nordrhein-Westfalen schon geübte Praxis ist. Die Tatsache, daß sich die Aktivitäten der CDU-Landtagsfraktion jetzt nicht in Haushaltsanträgen niederschlagen, bestätigt diese meine Auffassung. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich **schließe die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung** über den Einzelplan 15 entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/1615**. Wer der Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist die Beschlußempfehlung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

Ich rufe auf

(B) **Einzelplan 01 - Landtag**

Hierzu verweise ich auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/1601. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Deshalb kommen wir direkt zur **Abstimmung** über den Einzelplan 01 entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/1601**. Wer dieser Empfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist die Beschlußempfehlung mit den Stimmen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU **angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 12 - Finanzminister

in Verbindung damit

Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

und

Haushaltsgesetz 1997

Ich verweise auf die Beschlußempfehlungen Drucksachen 12/1612, 12/1616 und 12/1600 sowie auf den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/1595, über den wir vor der Abstimmung zum Haushaltsgesetz 1997 abstimmen werden. (C)

Ich **eröffne die Beratung** und erteile für die SPD-Fraktion Frau Mierbach das Wort.

Irmgard Mierbach (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Spätestens seit der ersten und der zweiten Lesung im Haushalts- und Finanzausschuß war klar, woraus die Strategie der CDU bestand, nämlich aus Blockade. Durch den Hinweis auf Art. 81 LV, wonach - ich zitiere - der Haushaltsplan und der Nachtragshaushaltsplan in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein sollen, war die CDU der Meinung, der Haushalt sei verfassungswidrig.

Meine Damen und Herren, die CDU kam wieder einmal mit fadenscheinigen Argumenten, um ihre Meinung über die Mindereinnahmen darzustellen. Zuerst wurden die Verluste bei den Steuereinnahmen durch das Jahressteuergesetz 1997 und später, im Laufe der Beratungen, durch die Steuerschätzungen begründet. Beide Argumente treffen sachlich nicht zu und liefern somit zwangsläufig ins Leere. (D)

Die CDU-Führung wollte es sich diesmal mit einer Blockadehaltung mit Hinweis auf Art. 81 LV besonders einfach machen. Zum Haushalt 1996 hatte sie sich wenigstens noch ordentlich ins Zeug gelegt: 111 Anträge, von denen am Ende allerdings weniger als ein Dutzend übriggeblieben ist. Das war aber immerhin noch ein Arbeitsergebnis, inhaltlich zwar dürftig, aber quantitativ nicht zu übersehen.

Eine konstruktive, wenn möglich qualitativere Mitarbeit in den jetzigen Haushaltsplanberatungen hätte der CDU besser zu Gesicht gestanden. Anstatt den Konsolidierungskurs des Finanzministers im Haushalts- und Finanzausschuß zu hintertreiben, sollte sich die Opposition endlich mit der Ursache der Steuermindereinnahmen beschäftigen, nämlich der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen steigt von Monat zu Monat und wird noch in diesem Winter die Vier-Millionen-Marke überschreiten.

Eine ordentliche Parlamentsarbeit sollten die Bürger und Bürgerinnen von einer Opposition erwarten können, dies nicht zuletzt auch wegen der Auswirkungen der Bonner Katastrophenpolitik auf unser Land.

(Beifall bei der SPD)

(Mierbach [SPD])

- (A) Wir bekommen von der Opposition allerdings nur Vorschläge, die genau das Gegenteil bewirken werden, eine Politik ganz in der Tradition und Kontinuität der seit 14 Jahren von CDU/CSU und F.D.P. getragenen Bundesregierung.

Und weiterer Sozialabbau steht uns mit den geplanten Änderungen für die nächsten Jahre ins Haus. In Zeiten leerer Kassen will die Bundesregierung auf Kosten der unteren Einkommensbezieher die Mittel umverteilen. Als Vorschuß will sie die private Vermögensteuer für die "ganz Mittellosen" ersatzlos streichen.

Während die Länder - insbesondere unser Land - durch diese Politik geknebelt werden, hat die CDU nichts Besseres auf Lager, als an den Beratungen gestern und heute nicht teilzunehmen. Ein unwürdiges Schauspiel!

In den beiden Lesungen des Haushalts- und Finanzausschusses wurden von seiten der CDU zeitraubende und unnötige Generaldebatten mit Staatssekretär Gerlach und Finanzminister Schleußer über das Jahressteuergesetz 1997 und die Steuerschätzung geführt.

- (B) Wieder einmal vermissen wir die konstruktive Mitarbeit der Opposition. Bei den wahrlich nicht kleinen Problemen unseres Landes qualifizierte sich die Opposition erneut als Meister der Luftbuchungen. Die Bürger und Bürgerinnen in unserem Lande werden wiederum bestätigt finden, daß die CDU nicht nur jetzt, sondern auch für die nächsten 30 Jahre auf der Oppositionsbank verbleiben sollte.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich hat die Öffentlichkeit einen Anspruch darauf zu erfahren, was denn die Alternativen der Opposition sind, wo sie die Schwerpunkte setzen würde. Davor haben Sie sich gedrückt. Um das zu kaschieren, behaupten Sie, der gesamte Haushalt sei verfassungswidrig. Das ist eine abwegige und haltlose Behauptung. Ihr Änderungsantrag ist ein - ich zitiere den Finanzminister - "Sammelsurium von Einzelforderungen, die überholt und unsinnig sind".

(Beifall bei der SPD)

Weil Sie das wissen, Herr Dr. Linssen, verabschieden Sie sich einfach, spielen nicht mehr mit. Ich stelle mir gerade vor, wie wir in Leverkusen reagieren würden, wenn sich Bayer 04 aus der Bundesliga verabschieden würde, einfach nur, weil sie jetzt nicht Herbstmeister geworden sind.

(Beifall bei der SPD)

(C) Wir werden auch diese Lehrstunde in Demokratie, diese interessante Übung in Schattenboxen überstehen. Der Konsolidierungskurs des Finanzministers für die Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen von 1996 bis 2000 bleibt durch den Haushaltsplan 1997 gewahrt. Wir stehen hinter diesem Regierungsentwurf.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Kollegen Dr. Busch das Wort.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts der fortgeschrittenen Zeit und der mangelnden Beteiligung der CDU-Fraktion, die eigentlich hier Opposition ist, will ich es tatsächlich sehr kurz machen.

(D) Wir sind sehr erfreut darüber, daß sich im Bereich der Steuerverwaltung Maßgebliches getan hat, insbesondere bei der Betriebsprüfung und der Steuerfahndung, und wir hier zu einer deutlichen Aufstockung kommen werden. Vor dem Hintergrund der Mehreinnahmen, die auch vom Gutachter prognostiziert worden sind, ist ein deutlicher Schritt in unsere Richtung gemacht worden, den wir sehr begrüßen. Wir hoffen natürlich, daß wir in dieser Richtung noch weiterkommen, daß das nicht das Ende der Fahnenstange ist, sondern wir an einem Anfang stehen, die Schwerpunkte der Prüfungstätigkeit im Bereich der Steuerverwaltung weiterzuentwickeln in die Richtung der Steuerzahler, die auch die größten Mehreinnahmen versprechen.

Da wir auch über das Haushaltsgesetz und damit den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen, möchte ich kurz erwähnen, daß dieser Antrag der CDU-Fraktion gar kein Änderungsantrag ist. Die CDU verzichtet nicht nur darauf, hier Opposition zu betreiben, sondern sie ist nicht einmal in der Lage, richtige Änderungsanträge zu stellen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie ist nicht da!)

- Sie ist kaum vertreten. Aber immerhin ist Herr Linssen hier.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Körperlich!)

Herr Linssen - falls Sie nicht nur körperlich, sondern auch geistig anwesend sind -, könnten Sie uns erklären, was dieser Änderungsantrag, den Sie ge-

(Dr. Busch [GRÜNE])

(A) stellt haben, eigentlich bedeuten soll? Er beinhaltet überhaupt keine konkrete Änderung, weder zum Haushaltsplan noch zum Haushaltsgesetz.

(Regina van Dinther [CDU]: Sie müssen nur lesen!)

Mich würde das sehr interessieren. Wenn Sie nicht bereit oder vielleicht auch nicht in der Lage sind, diese Frage zu beantworten, wird die Geschichte darüber urteilen müssen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: In Vertretung für Herrn Finanzminister Schleißer erteile ich Herrn Minister Kniola das Wort.

Franz-Josef Kniola, Innenminister (in Vertretung des Finanzministers): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Jeder in diesem Hohen Haus weiß, daß Finanzminister Heinz Schleißer heute im Vermittlungsausschuß gebunden ist und ich von daher die Ehre habe, ihn zu vertreten. Ich will mich auch deshalb in gebotener Weise kurz halten.

Ich will den Kreis am Ende dieser Debatte gern wieder schließen, den Herr Reul heute morgen begonnen hat zu zeichnen. In seiner Rede hat er ausgeführt, daß es eigentlich einen großen Diskussionsbeitrag der CDU zu diesen Haushaltsplanberatungen gäbe, nämlich den Antrag 12/1595, und im übrigen würde sie sich eben nicht beteiligen.

Nun habe ich mir die Mühe gemacht, diesen Antrag Drucksache 12/1595 anzuschauen. Herr Kollege Busch, ich gehe noch etwas freundlicher mit der CDU um, als Sie das getan haben. Ich habe so getan, als wenn es wirklich ein Antrag zum Haushalt wäre.

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Das ist aber sehr nett!)

Dann habe ich geschaut, was da an Konkretem zum Haushalt 1997 drinsteht.

(Zuruf von der SPD: Und?)

- Und? Neben all dem, was sozusagen an verbalen Äußerungen in Richtung auf die weitere Zukunft, 2020 usw., enthalten ist, sind konkrete Vorschläge enthalten, die im einzelnen mit Spiegelstrichen aufgeführt werden und sich, Herr Kollege Linssen, bei einem 90-Milliarden-Haushalt auf die Summe von 66 477 000 DM addieren. Das ist der ganze wirkliche inhaltliche Beitrag, den Sie hier unter der

Überschrift "Umsteuern" als das geliefert haben, was Herr Kollege Reul heute morgen das große Papier zur Umsteuerung genannt hat, das Sie in diese Debatte eingebracht haben. (C)

(Ewald Groth [GRÜNE]: 0,7 %! - Zuruf des Lothar Hegemann [CDU])

- Herr Hegemann, Sie müßten mich soweit kennen, daß ich Vorlagen immer sehr exakt lese. Insofern geht Ihre Bemerkung völlig an meiner Person vorbei. Ich habe genau gesehen, daß diese 477 000 DM dadurch zustandekommen, daß Sie auch noch die Mittel für die kulturelle Bergarbeiterbetreuung streichen wollen. Ich habe mir Ihren Antrag schon genau angeschaut.

Nicht nur die Tatsache, daß Sie sich an dieser Diskussion nicht beteiligt haben, sondern auch das, was Sie eingebracht haben, ist eigentlich so dürftig, daß ich mich allen Vorrednern, die das an dieser Stelle beklagt haben, anschließen muß und sagen kann: Dieses ist das Abschiednehmen von der Rolle der Opposition, so wie sie eigentlich unserem Parlamentsverständnis entspricht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile für die CDU-Fraktion Herrn Dr. Linssen das Wort. (D)

(Oh-Rufe von der SPD - Vereinzelt demonstrativer Beifall von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Reinhold Trinius [SPD]: Endlich ist er wieder da! - Zuruf des Klaus Matthiesen [SPD] - Stefan Frechen [SPD]: Hurra, er ist wieder da! - Weitere Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Dr. Helmut Linssen (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Innenminister hat in Vertretung des Finanzministers gerade von sich aus zum Ende dieser Debatte zur zweiten Lesung des Landeshaushalts gesprochen.

(Stefan Frechen [SPD]: Bringen Sie mal was Neues!)

Ich möchte gern zu unserem Antrag, den wir zur zweiten Lesung gestellt haben, sprechen. Diesen großen Änderungsantrag von 14 Seiten zu lesen, war vielleicht für einige von der Regierungskoalition zu mühsam.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei SPD und GRÜNEN)

(Dr. Linssen [CDU])

(A) In ihm ist unsere komplette Alternative zu dieser verfehlten Regierungspolitik aufgezeigt.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei SPD und GRÜNEN - Klaus Matthiesen [SPD]: Sie sind heute Mediengeschädigter! - Zuruf von der SPD: Zur Sache! Weitere Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Wir beginnen diesen Antrag, indem wir die Überschrift "Sparen tut not - durch Grundsanierung des Haushalts Zukunftsfähigkeit zurückgewinnen" gewählt haben. Zu diesem Punkt möchte ich gern sprechen. Sie können sich hier noch sehr amüsieren, daß wir uns nicht an dem Spielchen beteiligt haben, 100 000 DM von rechts nach links zu schieben, was Sie ja gerne gehabt hätten, damit diese Debatte überhaupt keine Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit findet. Das war ja ihr ganzes Unterfangen.

(Beifall bei der CDU - Stefan Frechen [SPD]: Mit der Aufmerksamkeit sind wir sehr zufrieden)

Ich sehe ja noch die Krokodilstränen des Vorsitzenden der SPD-Fraktion, als er von unserem Antrag erfuhr, daß wir diese verfehlte Haushaltspolitik dieser Landesregierung generell nicht mehr mitmachen würden. Da hat er gesagt: Um Gottes willen, was ist denn jetzt los? Jetzt versuchen die auf die zweite Lesung auch noch Aufmerksamkeit zu ziehen. - Etwas Besseres hätten Ihnen nicht passieren können, wenn die Journalisten hier zwei Tage Urlaub genommen hätten, Herr Kollege Matthiesen. Das war doch Ihr ganzes Bemühen.

(B)

(Klaus Matthiesen [SPD], lachend: Sie können mit der Berichterstattung heute sehr zufrieden sein, Sir!)

Nein, wir können uns an diesem Geschäft nicht beteiligen, weil wir fest davon überzeugt sind, daß all diese Einzelpositionen, die Sie hier vorgetragen haben, spätestens im Frühjahr des Jahres reine Makulatur sind.

(Beifall bei der CDU - Gisela Nacken [GRÜNE]: Sie gehen noch nicht einmal eine Wette ein!)

Was hat es für einen Zweck, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns hier über irgendwelche Spielwiesen der GRÜNEN, die diese genußvoll vorgeführt haben, unterhalten, wenn wir wissen, daß der Finanzminister sie spätestens im Februar/März sowieso einkassieren muß? Es lohnt nicht diese Liebesmüh'.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Dr. Linssen, ich habe eine Zwischenfrage von Herrn Appel. (C)

Dr. Helmut Linssen (CDU): Immer gern, Herr Appel.

(Zurufe von der CDU)

- Ach so, acht Minuten! Na ja, wenn Sie sich kurzfassen, dann vielleicht. Es ist aber die letzte Frage, die ich zulasse, weil Sie mir ja nur zehn Minuten Redezeit zudiktiert haben.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Wie allen anderen. - Bitte schön, Herr Appel.

Roland Appel (GRÜNE): Herr Linssen, ich mache es auch ganz kurz. Ich wollte Sie eigentlich nur nach der Wette fragen: Wer wird denn nun Ihrer Meinung nach gegen Norbert Blüm auf Ihrem Parteitag antreten?

(Zurufe von der CDU - Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Dr. Helmut Linssen (CDU): Wissen Sie, dazu ist das Schicksal der Menschen, die in diesem Land arbeitslos sind, mir wirklich zu wichtig, als daß ich mich mit solch einem Blödsinn von Ihnen auseinandersetze. (D)

(Beifall bei der CDU - Bodo Champignon [SPD]: Auf einmal!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann zum Schluß dieser Debatte nur darauf aufmerksam machen, daß dieser Haushalt, den diese Landesregierung vorlegt, aus unserer Sicht verfassungswidrig ist, weil fahrlässig und wissentlich Einnahmepositionen des Landes - die gesamten Steuereinnahmen - zu hoch angesetzt sind. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir darüber hinaus eben überhaupt kein Anzeichen der Umsteuerung erkennen.

Sie haben doch ganz klar gesehen, daß in der Bundespolitik und in den verschiedenen Ländern Sparmaßnahmen ergriffen werden und daß das mit sehr viel Aufregung bei der Bevölkerung verbunden ist. Ich erinnere einmal daran, was zur Zeit z. B. in Baden-Württemberg passiert. Baden-Württemberg hat nach der November-Steuerschätzung ein Loch von über 700 Millionen DM. Wir haben eines von über einer Milliarde DM. Dieser Finanzminister sagt,

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) er brauche überhaupt keine Konsequenzen zu ziehen. Der Finanzminister in Baden-Württemberg sagt: Selbstverständlich müssen wir im Interesse der nächsten Generation dringend Sparmaßnahmen vornehmen.

(Beifall bei der CDU)

Schauen Sie sich Hamburg an. Hamburg hat ebenfalls die November-Steuerschätzung vorliegen und hat sofort im Rahmen von 170 Millionen DM die Konsequenzen gezogen. Alle Länder sagen: Wir können mit der Verschuldenspolitik nicht so weiter machen. Was sagt diese Landesregierung? Wir gehen auf 7,1 Milliarden DM Nettoneuverschuldung. Damit verlassen Sie den uns voriges Jahr versprochenen Kurs der Konsolidierung. Sie haben ihn versprochen und haben gesagt: Wir gehen auf 5,5 Milliarden DM. Statt dessen gehen Sie auf 7,1 Milliarden DM. Schämen Sie sich eigentlich nicht, so etwas zu machen?

(Beifall bei der CDU)

Da verlangen Sie von einer Opposition, daß sie dieses Spielchen hier mitmachen soll.

Sie kürzen die Investitionsquote, mit der Arbeitsplätze verbunden sind, in einem Maße, wie es nirgendwo in Deutschland geschieht.

(B) (Beifall bei der CDU)

Unter der Ägide dieses Ministerpräsidenten, der jetzt nicht anwesend ist, ist die Investitionsquote des Landes halbiert worden. Mit Investitionen hängen Arbeitsplätze zusammen. Schämen Sie sich eigentlich nicht, so etwas hier vorzulegen?

(Beifall bei der CDU)

Ich kann in den mir verbleibenden fünf Minuten nur cursorisch vortragen. Wir haben gesagt: Nehmt den Haushalt zurück, steuert um, und geht vor allen Dingen an die kurzfristig realisierbaren Einsparpotentiale heran. Der Innenminister hat gerade genüßlich vorgetragen, was wir im Antrag erwähnt haben. Jawohl, Herr Innenminister, wir haben "zum Beispiel" darüberschrieben, haben dann Positionen aufgeführt, vor allen Dingen Eine-Welt-Promotorinnen-Förderung gleichgeschlechtlicher Lebensformen, Mittel für Schulversuche, Mittel für Filmstiftungen, Mittel für soziale Betriebe - alles Sachen, von denen zum Teil mein Kollege Matthiesen im Vorfeld dieses Haushalts den GRÜNEN per Presse zugerufen hat: Ich will nicht, daß Staatsknete für Klientelpolitik ausgegeben wird, ich will Geld für Arbeitsplätze haben. Trotzdem haben Sie es gemacht.

(Beifall bei der CDU)

- (C) An diesem Spiel sollen wir uns beteiligen? Schämen Sie sich eigentlich nicht?

(Zurufe von der SPD - Brigitte Speth [SPD]:
Nein!)

Sie selbst haben doch diesen Vorwurf erhoben, Herr Matthiesen. Schämen Sie sich nicht, uns das hier zuzumuten?

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD - Klaus Matthiesen [SPD]: Müssen Sie angeschlagen sein, um eine solche Rede zu halten! - Bodo Champignon [SPD]: Sie sollten sich was schämen! - Stefan Frechen [SPD]: Ein angeschlagener Boxer gestikuliert genauso wild! - Klaus Matthiesen [SPD] zur CDU-Fraktion: Den Mann müßt ihr aus dem Rennen nehmen! - Gegenruf von der CDU: Tun wir aber nicht!)

Herr Kniola, ich möchte Ihnen eines sagen: Sie haben 66 Millionen DM ausgerechnet. Ja, das ist richtig. Das sind im übrigen 0,7 Promille des Haushalts. Jetzt darf ich einmal daran erinnern, daß Sie Ihre ganzen Haushaltsberatungen mit viel Pressebegleitung um 70 Millionen DM geführt haben; das sind 0,8 Promille des Haushalts. Und das haben Sie als Herkulestat verkauft.

(Beifall bei der CDU)

(D) Messen Sie sich langsam an den Maßstäben, die Sie selbst hier anlegen. Legen Sie die Latte einmal an sich selbst an! 70 Millionen DM - 24 Millionen DM für die GRÜNEN, 24 Millionen DM für die Roten und 24 Millionen DM gemeinsam. Einen solchen Affenzirkus sollen wir mitmachen?

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD - Manfred Böcker [SPD]: So sparsam sind wir! - Heinz Hunger [SPD]: Sie machen den Affenzirkus!)

Wir haben Ihnen vorgeschlagen, die Mittel für die Selbstdarstellung der Landesregierung zu kürzen. Wir haben Ihnen vorgeschlagen, endlich die Vergabe kostspieliger Gutachten einzustellen. Warum boomt denn die Branche der Gutachter so? - Weil diese Landesregierung auf 198 Seiten Koalitionsvereinbarungen sage und schreibe fast 100 Prüfungsaufträge vorgesehen hat.

(Beifall bei der CDU)

Und alle diese Prüfungsaufträge müssen jetzt an die Gutachter gebracht werden.

(Zurufe von der SPD - Hans Frey [SPD]: Wir sind eben sorgfältig, im Gegensatz zu Ihnen!)

(Dr. Linssen [CDU])

(A) Aber da genügt ja nicht ein einziges Gutachten, meine Damen und Herren, da müssen jeweils zwei in Auftrag gegeben werden; denn die GRÜNEN wollen natürlich das Öko-Institut in Freiburg beauftragen, und Sie wollen meinetwegen das Finanzwissenschaftliche Institut der Universität Köln beauftragen. Stellen Sie sich vor, eine Firma machte einen solchen Zirkus, wie Sie ihn hier veranstalten!

(Regina van Dinther [CDU]: Die macht Pleitel!)

Sie müssen sich schämen vor den Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen!

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Wir haben Ihnen vorgeschlagen, endlich auch da, wo Abschiebungen rechtskräftig geworden sind, diese auch durchzuführen, damit nicht die Kommunen und das Land finanziell darunter leiden müssen.

(Zuruf des Ministers Franz-Josef Kniola)

Wir haben gesagt: In schwierigen Zeiten, wo zum Beispiel die Altenerholung von Ihnen radikal zusammengestrichen wird, haben wir kein Geld für den flächendeckenden Aufbau eines vierten Schulsystems. - Aber Sie wollen aus ideologischen Gründen natürlich die Gesamtschulen weiter fördern. Dafür haben wir zur Zeit kein Geld. Wir sagen Ihnen: Laßt das in dieser Zeit!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Wir haben Ihnen vorgeschlagen, alle Förderprogramme des Landes auf Effektivität und Notwendigkeit hin zu überprüfen. Wir haben Ihnen gesagt, alle Subventionen, die auf Vertrag und auf Gesetz beruhen, zu durchforsten und endlich einmal anzugehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, Sie selbst sagen das doch pausenlos.

(Walter Grevener [SPD]: Wir sind doch längst dabei!)

Warum schweigen Sie hier auf einmal? Sehr wahrscheinlich fangen Sie nach den Haushaltsberatungen damit wieder an, wenn Sie in der Kommission, die Sie gemeinsam gebildet haben, 650 Millionen DM einsparen wollen. Sie sind doch selbst auf die Idee gekommen, daß man so nicht mehr weiterwirtschaften kann. Hin und wieder verspüre ich bei Ihnen sogar, daß Sie nicht nur in Umweltfragen, sondern vielleicht auch in Finanzfragen an die nächste Generation denken wollen,

(Beifall bei der CDU)

Wir verlangen von Ihnen, daß wir uns in Zeiten, in denen wir zum Beispiel im Bereich Finanzen, im Bereich Justiz und im Bereich Schule - um nur drei zu nennen - dringend mehr Stellen brauchen, diese aus der allgemeinen Verwaltung herausholen. Wo wird denn bei Ihnen im Verwaltungsbereich wirklich eingespart? (C)

Unter der Ägide dieses Finanzministers sind 10 000 neue Stellen im Land Nordrhein-Westfalen geschaffen worden.

(Reinhold Trinius [SPD]: Auf Antrag der CDU! Es sollten noch mehr geschaffen werden!)

Sie sind jetzt gerade einmal 1 600 der kw-Stellen angegangen. Per Saldo sind es über 8 000 Stellen mehr.

(Reinhold Trinius [SPD]: Das haben Sie selbst beantragt!)

Das verstehen Sie unter Sparsamkeit?

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Dr. Linssen.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Sie verlangen von nachgeordneten Behörden, schlanker zu werden. Fangen Sie doch bei den Ministerien an, endlich schlanker zu werden. (D)

(Beifall bei der CDU - Stefan Frechen [SPD]: Redezeit!)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Dr. Linssen!

(Bodo Champignon [SPD]: Ihre Redezeit ist zu Ende! - Ernst-Martin Walsken [SPD]: Ihre Zeit ist abgelaufen!)

Dr. Helmut Linssen (CDU): Ja, ich komme gleich zum Schluß, Frau Präsidentin.

Meine Damen und Herren, wir wollen das Beteiligungsvermögen des Landes aktivieren, damit Sie umschichten - nicht in den konsumtiven Bereich, sondern in den investiven Bereich. Sie müssen das nicht verkünden wie der Finanzminister seit 1993, Sie müssen es tun. Vom Quatschen hat die Bevölkerung nichts.

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Linssen [CDU])

(A) Wir haben ja Gelegenheit, diese Generalabrechnung in der dritten Lesung fortzusetzen, meine Damen und Herren.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN - Klaus Matthiesen [SPD]: Dann werden wir Ihnen aber helfen!)

Darauf freuen wir uns. Entsprechend unserem eingeschlagenen Kurs, den Haushalt abzulehnen, grundsätzlich auf Erneuerung in diesem Land zu drängen, haben wir uns an der ersten Lesung beteiligt und werden wir uns an der dritten Lesung beteiligen. Diesen Kurs haben wir zu Beginn der letzten beiden Plenartage deutlich gemacht.

Ich denke mir, daß Sie auch von der Bevölkerung in den nächsten Wochen genügend Signale empfangen werden, daß sie den Schuldenkurs dieser Landesregierung nicht mehr mitmachen will.

(Anhaltender lebhafter Beifall und Bravorufe bei der CDU - Zurufe von SPD und GRÜNEN - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile für die Landesregierung Herrn Minister Kniola das Wort.

(B) **Franz-Josef Kniola, Innenminister:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie alle wissen, daß ich im Vergleich zu Herrn Finanzminister Schleußer in Finanzdingen bestenfalls Reservespieler bin.

(Oliver Wittke [CDU]: Bestenfalls!)

- Aber für die Leistung, die Sie vorgelegt haben, genügt selbst die Stärke eines Reservespielers.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Kreisklasse!)

Eine der zentralen Einlassungen in Ihrer Rede, Herr Dr. Linssen, die Sie durchgehend über zwei Tage jetzt vorgetragen haben, ist: Die gesamte Steuerschätzung ist zu hoch angesetzt.

In dem von Ihnen eben wieder vielgelobten Antrag heißt es unter Ziffer III:

"Der neu vorzulegende Haushaltsentwurf muß sich an folgenden Eckwerten orientieren:"

Unter dem ersten Spiegelstrich heißt es:

"eine Verstärkung der Einnahmeseite des Haushalts ..."

Lächerlicher kann man sich nicht machen.

(C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen [CDU] begibt sich zum Rednerpult. Klaus Matthiesen [SPD]: Jetzt ist Schluß! Jetzt kann er gar nicht genug kriegen! Ihr seid ja süchtig! - Zahlreiche Zurufe aus allen Fraktionen - Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Trinius das Wort.

Reinhold Trinius (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man hat ja lange auf Sie warten müssen.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich habe auch bis zur Seite 10, 11 und 12 gelesen. Auf Seite 10 findet sich - wir haben es nun von der CDU auch schriftlich als Änderungsantrag zum Haushalt -, Herr Kollege Linssen, und das haben Sie sich sehr zu Herzen genommen, die Überschrift: "Mit gutem Beispiel vorangehen". Das haben Sie herrlich hingekriegt!

(Lothar Hegemann [CDU]: Nun sagen Sie mal was!)

Und Sie haben eines erreicht: In Ihrer CDU-Fraktion redet nur noch einer; den anderen wird befohlen zu schweigen,

(D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und gehorsam wie die Lämmer haben sie geschwiegen. Sie haben es nicht gesehen, Herr Kollege Linssen; aber ich kann Ihnen bestätigen: Die haben sich alle genau an den Befehl des Generalsekretärs gehalten. Und Sie haben alle Fachleute mundtot gemacht, für jeden Fachmann in Ihrer Fraktion einen Maulkorb erteilt. Sie beantragen die Verkleinerung des Landtags und haben sie auf kaltem Wege hier schon vorgeführt:

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Für dieses Land reicht die Hälfte der Mannschaft der CDU. Das haben Sie uns doch, wohl sagen wollen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Was Sie hier vorgeführt haben, das ist Arbeitsverweigerung. Wären Sie hier gewesen, hätten Sie gehört, was ein Kollege von den GRÜNEN dazu ge-

(Trinius [SPD])

(A) sagt hat: Lohnfortzahlung bei Arbeitsverweigerung. Das haben Sie hier vorgeführt!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn diese Arbeitsverweigerung das gute Vorbild sein soll, meine sehr verehrten Damen und Herren, und man sich die Arbeitshaltung der CDU zum Vorbild nähme, sähe es schlimm aus mit unserer Wirtschaft, sähe es schlimm aus mit unseren Unternehmen!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der große Satz lautet bei Ihnen natürlich: Sparen tut not. Sie haben zwei Tage Gelegenheit gehabt zu zeigen, daß es Ihnen mit diesem Satz ernst ist. Aber Sie haben nicht einen einzigen Beleg dafür erbracht, daß es Ihnen mit diesem Satz ernst ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der Kollege Kasperek hat Ihnen eine ganze Liste von Fördertöpfen vorgehalten;

(Lothar Hegemann [CDU]: Das war die beste Rede heute!)

aber Sie wagen es ja nicht einmal, nur an einen einzigen Fördertopf heranzugehen. Warum denn nicht? Weil Sie wissen: Schneide ich bei diesem Fördertopf ein oder jenem, tue ich dem weh oder einem anderen. Schneiden Sie bei der Landschaftsplanung ein, dann wird sich Ihr Kollege Willi Krömer aufbäumen und sagen: Ich brauche das aber für meine Landschaftspflege und so weiter und so fort.

(B)

(Zurufe von der CDU)

Daraus kann ich nur die Schlußfolgerung ziehen: Die CDU hat sich hier zwei Tage lang vor den notwendigen Aufgaben gedrückt!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben sich gedrückt, und daraus ziehe ich die Schlußfolgerung: Die CDU wagt es nicht, sie traut sich nicht, sie hat keinen Mut!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Oh-Rufe von der CDU)

Auf Seite 3 Ihres Antrags sagen Sie:

"Durch die ... Blockadepolitik des Bundesrates bei der Neuregelung der Erbschaft- und Vermögensteuer ist dem Haushaltsentwurf 1997 die Grundlage entzogen worden."

Herr Kollege, um eine Neuregelung der Vermögensteuer ist es Ihnen und der F.D.P. doch nie gegangen!

(C)

(Beifall bei der SPD)

Das behaupten Sie aber hier. Sie wollten sie kaputtmachen oder kaputtgehen lassen. Das war Ihre Politik!

Und wenn sich alle Länder für ihre legitimen Interessen im Bundesrat einsetzen, wozu sie verpflichtet sind, dann nennen Sie das "Blockadepolitik"? Das heißt: Sie verunglimpfen, weil es die Bonner Koalition stört, die legitime Wahrnehmung der Interessen des Landes im Bundesrat als Blockadepolitik genauso, wie Sie den Sinn für soziale Gerechtigkeit regelmäßig als Sozialneid verhöhnen und diffamieren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich kann es Ihnen nicht ersparen, Herr Kollege: Diese Politik von Herrn Linssen im Lande mit dem gestörten Verhältnis zum Land und seiner Bevölkerung

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Oh-Rufe von der CDU)

korrespondiert mit dem Erpressungsversuch der Bonner Koalition vom September dieses Jahres. Da hat die Bonner Koalition in das Bundeshaushaltsgesetz einen neuen Absatz eingefügt, der sinngemäß folgende Regelung enthielt: Länder, die im Bundesrat nicht die Politik der Bonner Koalition vertreten, sondern sich ihr widersetzen, sollen keine Mittel mehr bekommen aus der Gemeinschaftsaufgabe des Bundes. Das muß man wissen!

(D)

(Klaus Matthiesen [SPD]: Das ist unglaublich!)

Das ist eine unerhörte Verhöhnung des Föderalismus!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Trinius, darf ich Sie an das Ende Ihrer Redezeit erinnern.

Reinhold Trinius (SPD): Ich kann Ihnen, Herr Kollege Linssen, nur sagen: Tiefer, als die Opposition hier gesunken ist, kann sie nicht mehr sinken!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Trinius!

Reinhold Trinius (SPD): Und daß Sie jetzt gern nur noch allein im Ring Ihrer Fraktion sein möchten, das kann ich gut verstehen; denn so angeschlagen wie Sie habe ich noch keinen Boxer im Ring gesehen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile für die CDU-Fraktion Herrn Dr. Linssen das Wort.

(Zuruf von der SPD: Er kämpft ums Überleben! - Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN - Gegenrufe von der CDU - Allgemeine Unruhe)

Dr. Helmut Linssen (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Rede von Herrn Trinius war so unter Niveau, daß man sich damit wirklich nicht zu beschäftigen braucht.

(Beifall bei der CDU - Lachen und Zurufe von SPD und GRÜNEN: Hoho! - Zahlreiche weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

(B) Wenn einem Finanzpolitiker der SPD nichts anderes einfällt, als über Blockadepolitik - wer diese denn in Bonn verursacht hat - nachzudenken, dann brauchen Sie sich nur die Presse der letzten Monate anzusehen, dann wissen Sie ganz genau,

(Lachen und Zurufe von SPD und GRÜNEN)

daß die SPD in Bonn eine Totalverweigerung betreibt, ohne jeden konkreten Vorschlag, wohingegen hier die Opposition auf 14 Seiten konkrete Vorschläge vorgestellt hat

(Lachen und Zurufe von SPD und GRÜNEN - Beifall bei der CDU)

und im Gegensatz zur Opposition in Bonn bereit ist, bei allen Sparmaßnahmen mitzuwirken, wenn Sie denn jemals dazu in der Lage sein sollten, solche Konzepte zu entwickeln.

Ich hatte mich vorhin auch nur gemeldet, um zu dem Nachtrag von Herrn Minister Kniola etwas zu sagen. Herr Kniola, Sie sind offensichtlich nicht Stammspieler, sondern in diesem Fall wirklich die dritte Reserve gewesen.

(Zurufe und lebhafter Widerspruch von der SPD)

(C) Er hat unseren Antrag, der natürlich stark finanzpolitisch geprägt ist, offensichtlich erst hier gelesen oder mal drübergeguckt oder sich etwas erklären lassen. Ich wollte vortragen, was wir da wirklich hineingeschrieben haben, damit kein falscher Eindruck entsteht, Herr Kniola.

Wir haben unter III. "Der neu vorzulegende Haushaltsentwurf muß sich an folgenden Eckwerten orientieren" geschrieben, daß es zur Haushaltskonsolidierung besonders gehört, nicht nur die Ausgabenseite zu überprüfen, sondern sich vor allen Dingen die Einnahmenseite anzusehen und festzustellen: Sind wir mit unseren Steuereinnahmen, die natürlich auf der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes beruhen, auf der sicheren Seite, ja oder nein? Da haben wir formuliert: eine Verstärkung der Einnahmenseite des Haushaltes durch Stärkung der Investitionskraft

(Beifall bei der CDU)

und des Wirtschaftswachstums zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie das ganz vorgetragen hätten, Herr Innenminister Kniola - ich denke mir, daß Sie wissen, was wir geschrieben haben; Sie haben bewußt so verkürzt vorgetragen, damit es ein bißchen ins Konzept paßte -, dann hätten Sie unschwer erkannt, daß wir sagen: Es darf in Zukunft nicht mehr so sein, daß dieses Land, wie zum Beispiel in den letzten zehn Jahren geschehen, über 7 % geringeres Wachstum als der Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer hat. Da müssen wir uns doch fragen, woher das kommt.

(Minister Wolfgang Clement: Das stimmt so nicht!)

(D) - Natürlich stimmt die Zahl, sie stimmt exakt, Herr Wirtschaftsminister. In den letzten zehn Jahren hatten wir ein über 7 % geringeres Wachstum. Wenn Sie sehen, daß 1 % Wachstum mehr oder weniger 600 Millionen DM Steuereinnahmen mehr oder weniger sind, dann sehen Sie ganz genau, daß nicht nur auf der Ausgabenseite bei Ihnen gesündigt wird, sondern durch eine falsche Wirtschaftspolitik gerade auf der Einnahmenseite.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sagen wir, daß Sie nicht so weitermachen können - das wird sicherlich auch in der dritten Lesung, Herr Ministerpräsident, eine Rolle spielen -, den Weg des leichten Geldes weiterzugehen.

(Brigitte Speth [SPD]: Dreisatz kann er nicht!)

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Man muß auch den Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen sagen: Jawohl, wir müssen bestimmte Ausgabenpositionen des Landes verändern, wir müssen aus der starken Konsumorientierung heraus.

90 % des Haushaltes sind konsumorientiert; der Investitionsanteil macht nur noch 10 % aus. Man darf nicht vergessen, meine Damen und Herren - das ist auch etwas, was man Ihnen ins Stammbuch schreiben muß -, daß Sie noch 200 Millionen DM von der verfassungsmäßigen Grenze entfernt sind, die vorgeschrieben worden ist, wie Investitionen aussehen müssen, wie die Nettoneuverschuldung aussehen darf. Sie haben eine Netto-neuverschuldung von 7,1 Milliarden DM im Haushalt und haben sich noch 7,3 Milliarden DM Investitionen ausgerechnet.

Wenn also im Frühjahr dieser Nachtragshaushalt kommt, den wir irgendwo zwischen 800 Millionen DM und 1 Milliarde DM sehen, dann kommen Sie über diese Grenze. Das heißt, Sie müssen ganz scharf vorgehen. Sie müssen an Leistungsgesetze herangehen. Daß Sie das nicht besonders mögen, weil Ihnen dann aus allen Ecken des Landes Widerstand entgegenkommt, das nehme ich Ihnen sehr gerne ab. Sie müssen es aber tun, wenn Sie sich nicht noch schwerer an der nächsten Generation versündigen wollen als bisher.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sagen wir, daß Sie die Investitionen stärken müssen. Herr Ministerpräsident, in Ihrer Ägide ist die Investitionsquote halbiert worden; das ist in Ihrer Zeit 1978 bis 1996 passiert.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen offen sagen, daß es, bei allem Guten, was man über den Menschen Johannes Rau sagen kann, politisch der größte Fehler von ihm gewesen ist, diese Investitionsquote so herabgefahren zu haben.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Dr. Linssen.

Dr. Helmut Linssen (CDU): - Ja, ich komme zum Schluß.

Mit Investitionen sind Arbeitsplätze verbunden. Ich glaube, daß Sie sich wirklich nach den 18 Jahren fragen müssen: War es richtig, daß ich den Investi-

tionsanteil von über 22 % am Haushalt auf 10,4 % heruntergefahren habe? (C)

(Reinhold Trinius [SPD]: Dann hätten Sie beim Einzelplan Wirtschaft dabei sein müssen!)

Damit haben Sie den Gegenwartskonsum befriedigt, aber Sie sind in Ihrer Regierungszeit den Ansprüchen dieses Landeshaushalts an die Zukunft nicht gerecht geworden.

(Zuruf von der SPD: Machen Sie einmal Ihre Vorschläge! - Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Kollegen Dr. Busch das Wort.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jedenfalls Teile der Opposition haben offenbar ihre Sprache wiedergefunden. Das möchte ich ausdrücklich begrüßen,

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der SPD - Reinhold Trinius [SPD]: Einer darf wieder!)

weil es offensichtlich die Stimmung im Hause ganz erheblich hebt, weil wir diskussionsfreudig sind und weil wir uns daran gewöhnt haben, eine wenn auch nicht immer starke, aber doch vorhandene Opposition hier im Hause zu haben, mit der es einfach mehr Spaß macht. Insofern begrüße ich es außerordentlich, daß Herr Linssen immerhin stellvertretend für die vielen Fachsprecher der CDU zur Debatte Rede und Antwort steht. (D)

(Stefan Frechen [SPD]: Was halten Sie denn vom Niveau, Herr Kollege?)

Ich wundere mich allerdings, daß jetzt wieder zur Unzeit diskutiert wird. Wir hatten ja bereits eine Debatte zur Wirtschaftspolitik, doch wird diese jetzt unter der Überschrift "Haushaltsgesetz" und "Einzelplan 12" geführt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Das ist sicherlich bedauerlich.

Sie haben hier Klippschulökonomie geboten. Sie haben das geboten, was uns seit zwanzig Jahren erzählt wird, daß nämlich über Steuergeschenke an

(Dr. Busch (GRÜNE))

- (A) Unternehmen - Wegfall der Vermögensteuer - mehr investiert würde, daß das Wachstum stiege, dadurch Arbeitsplätze geschaffen würden und dann die Steuerquellen sprudelten. Seit zwanzig Jahren aber erleben wir genau das Gegenteil.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das ist Ihre Schwachsinnspolitik, die Sie auch in Bonn versuchen durchzusetzen, die die Bundesrepublik sozial spaltet, die die Kirchen dazu gebracht hat, daß sie besorgte Memoranden schreiben. Das hat dazu geführt, daß wir amerikanische Verhältnisse in unseren Großstädten bekommen. Aber Steuereinnahmen bekommen wir dadurch nun wirklich nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Gegenteil! Diese Politik, die Sie zu verantworten haben, führt die Staatsfinanzen in die Nähe des Ruins. Und das ist das Problem, mit dem wir auf Landesebene und mit dem die Kommunen überall zu kämpfen haben.

Sie haben uns immerhin ganz nebenbei bestätigt, daß unser Haushalt verfassungsgemäß ist. Ich hatte zwischendurch den Eindruck, daß Sie das bestreiten.

(B) (Beifall bei den GRÜNEN)

Insofern freue ich mich. 7,3 Milliarden DM zu 7,1 Milliarden DM: Das ist eine Marge. Das ist jedenfalls deutlich mehr, als der Bund vorzuweisen hat. Wir sind hier also noch auf der sicheren Seite, auch wenn Sie das vielleicht beklagen mögen. Man sollte nicht über die vielen verschiedenen Umschichtungen reden, die diese Quote vielleicht noch in die eine oder andere Richtung verändern. Wichtig ist: Die Opposition bestätigt, daß dieser Haushalt verfassungsgemäß ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Punkt! Die Steuerschätzung und damit die Einnahmen, die wir für das Jahr 1997 prognostizieren, stimmen. Aber diese Einnahmen sind viel zu niedrig. Das ist unser Problem. Das heißt: Der Anstieg der Neuverschuldung von 5,5 auf 7,1 Milliarden DM ist den viel zu niedrigen Steuereinnahmen geschuldet, die insbesondere Ihre Wirtschaftspolitiker in Bonn zu verantworten haben.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das ist das Problem. Aus diesem Grunde sind wir von dem in der Koalitionsvereinbarung beschlossenen Konsolidierungskurs abgekommen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Bravo!)

(C) Das ist das Problem, weswegen wir die Einsparkommission gebildet haben, um 250 Millionen DM kurzfristig und 500 Millionen DM mittelfristig einzusparen - auch über Einnahmeerhöhungen! Ich nenne das Stichwort "Ökoabgaben". Wir wollen, daß über Ökoabgaben nicht nur ökologisch umgesteuert wird,

(Zahlreiche Zurufe von der CDU)

sondern auch der Staatshaushalt entlastet wird.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zahlreiche Zurufe und Unruhe bei der CDU)

Das sagen wir GRÜNE seit etwa zehn, fünfzehn Jahren. Falls das für Sie etwas Neues sein sollte, habe ich Ihnen hiermit gerne geholfen.

(Unruhe)

Was wir nicht wollen, ist, in Leistungsgesetze einzuschneiden. Deswegen haben wir gesagt: Wir brauchen eine Effizienzsteigerung in der öffentlichen Verwaltung. Wir brauchen nicht Leistungsabbau, Sozialdemontage; das haben wir von Bonn aus genug erlebt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie, Herr Linssen, diffamieren grüne Politik als grüne Klientelpolitik.

(Zurufe von der CDU: So ist es!)

(D) Sie diffamieren das, was wir in den Haushalt eingestellt haben, als "Spielwiesen". Sie diffamieren damit "Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs". Sie diffamieren damit "Ausbau der Nah- und Fernwärme". Sie diffamieren damit den Ausbau der Altenpflege. Sie diffamieren damit soziale Betriebe und "Arbeit statt Sozialhilfe" als die entscheidenden Instrumente, um Langzeiterwerbslose wieder in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Sie diskriminieren und diskreditieren damit sinnvolle Ansätze für eine ökologische und soziale Politik in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht nur deswegen haben Sie als Opposition versagt, weil Sie hier zwei Tage ein jämmerliches Schauspiel geboten haben, sondern auch, weil Ihre Inhalte so beklagenswert dünn und dümmlich sind. Deswegen stehen Sie für uns leider als Koalitionspartner nicht zur Verfügung. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Zahlreiche Zurufe von der CDU)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Clement das Wort.

Wolfgang Clement,¹⁾ Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum ersten freue ich mich darüber, daß Sie die Sprache wiedergefunden haben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie anderen Verweigerungshaltung vorwerfen, wissen Sie ja, daß Sie bei dem Satz in Zukunft im Glashaus sitzen. Das ist wohl klar.

Ich kann Ihnen auch versichern: Wir werden mit Ihnen sicher nicht in einen Wettlauf um die Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast in der Bundesrepublik eintreten. Diesen Wettlauf haben Sie gewonnen; das kann ich Ihnen bescheinigen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Bundesrepublik Deutschland und die Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland haben noch nie eine so hohe Steuer- und Abgabenbelastung gehabt wie unter der Regierung Kohl.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(B) Herr Kollege Meyer, im Augenblick führen Sie in Bonn vor der gesamten Öffentlichkeit einen Wettbewerb zwischen CDU und F.D.P. darüber vor, wann Sie wohl die Reduzierung des Solidaritätszuschlags ankündigen können.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das ist seriös!)

- Das ist außerordentlich seriös. Sie tun das in einem geradezu sportlichen Wettbewerb. Es ist wirklich beeindruckend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die große Koalition in Bonn, die jetzt um ein bis zwei Prozent Solidaritätszuschlag streitet,

(Zurufe von der CDU)

die streitet damit - Herr Kollege Reul, hören Sie doch einmal zu; es tut doch ganz gut, wenn man auch einmal zuhört; wir haben das alles doch auch über uns ergehen lassen - um eine Senkung der Belastung für die Wirtschaft um 4 bzw. 8 Milliarden DM.

1 % Solidaritätszuschlag macht 4 Milliarden DM aus. Während CDU/CSU und F.D.P. dieses Schauspiel in Bonn vorführen, erhöhen Sie zur selben Zeit, wenn auch nicht klammheimlich, so doch

ziemlich spurenlos, die Beiträge zur Rentenversicherung um über 1 %.

(Beifall bei der SPD)

Diese Erhöhung der Rentenbeiträge um über 1 % macht 15 Milliarden DM aus.

(Zuruf von den GRÜNEN: Pfuil!)

So sieht die Realität aus, die Sie in Bonn vorführen. Darum geht es in Wahrheit. Die Belastung der Wirtschaft wird permanent erhöht. Und Sie glauben wirklich, der Wirtschaft und der deutschen Öffentlichkeit vorführen zu können, daß dieses Spiel um den Solidaritätszuschlag ein tatsächlich ernsthaftes Bemühen um die Entlastung der Wirtschaft ist?

Sie haben die Wirtschaft sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu demselben Zeitpunkt doppelt so hoch belastet, wie Sie die Öffentlichkeit jetzt schon über Wochen hinweg mit der Frage unterhalten, ob Sie sich einig werden können, wann Sie den Solidaritätszuschlag absenken können. Das findet in Wirklichkeit statt.

Glauben Sie im Ernst, irgendeinem Unternehmer oder irgendeiner Unternehmerin könnte dieses Spiel noch imponieren? - Die Unternehmen ächzen unter einer Steuer- und Abgabenbelastung, die beispiellos ist.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Minister Clement!

Wolfgang Clement,²⁾ Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Für die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens in der Bundesrepublik ist die Bundesregierung zuständig, an die ich auch meinen zweiten Vorwurf richte: Sie diskutieren über die Lohnnebenkosten, erhöhen sie gleichzeitig in einer Weise, wie das in der Bundesrepublik Deutschland noch nie geschehen ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie senken die Vermögensteuer - auch die private Vermögensteuer beseitigen Sie - in einer Größenordnung von 4,5 Milliarden DM. Das betrifft in Nordrhein-Westfalen ungefähr 18 000 Menschen. Das ist ohne jeden ökonomischen Sinn. Gleichzeitig erzwingen Sie dadurch, daß Kompensationsregelungen gefunden werden, die sich so gegeneinander aufheben, daß wir wissen, daß das ökonomisch nirgendwo und an keiner Stelle mehr irgendeine Bedeutung hat.

(C)

(D)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Minister!

Wolfgang Clement,⁷⁾ Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Und Sie als CDU-Opposition im Landtag Nordrhein-Westfalen und als Teil der CDU in der Bundesrepublik Deutschland habe ich dazu mit keinem ernsthaften Wort gehört.

(Lothar Hegemann [CDU]: Jetzt kommen Sie zum Landeshaushalt!)

Herr Kollege Dr. Linssen, dann sagen Sie, Sie wollten eine Verstärkung der Einnahmeseite des Haushalts durch eine Stärkung der Investitionskraft unserer Unternehmen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Minister Clement!

Wolfgang Clement,⁷⁾ Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Die Stärkung der Investitionskraft unserer Unternehmen findet statt, indem man die Abgabenbelastung endlich herunterfährt. Das schaffen Sie nicht. Dazu sind Sie nicht in der Lage.

(B) (Lebhafter Beifall bei der SPD)

Darüber diskutieren Sie jetzt seit Jahren, reden darüber, aber die Abgabenbelastung wird gleichzeitig immer höher. Das ist die entscheidende Schwächung der Investitionskraft gerade unserer kleinen und mittleren Unternehmen. Das ist der Punkt, an dem wir zur Zeit auch in Nordrhein-Westfalen ächzen.

Herr Kollege Dr. Linssen, ich möchte Ihnen noch etwas sagen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Minister Clement, Kollege Meyer hatte sich schon vor einer Weile zu einer Zwischenfrage gemeldet.

Wolfgang Clement,⁷⁾ Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Die muß er zurückhalten. Er hat während der Debatte lange genug geschwiegen. Dann soll er jetzt auch noch schweigen.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Dr. Linssen, dann haben Sie über das Wachstum in Nordrhein-Westfalen gesprochen, das hinter

dem Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland (alt), also den westlichen Bundesländern, hinterherhinke. (C)

(Zuruf des Laurenz Meyer [CDU])

- Herr Kollege Meyer, intellektuell muß etwas mehr als das, was Sie gerade aufgeboten haben, hinzukommen.

(Beifall bei der SPD)

In Nordrhein-Westfalen ist jedem Mann und jeder Frau bekannt, daß Nordrhein-Westfalen mit seinen Wirtschaftsstrukturen, den Montanindustrien und der Textilindustrie, Mehrbelastungen zu tragen hat, die uns im Wirtschaftswachstum in den vergangenen Jahren gegenüber den anderen westlichen Bundesländern in der Tat haben zurückliegen lassen. Herr Kollege Dr. Linssen, es gehört aber zu einer redlichen Diskussion, daß man dann hinzufügt, daß diese Schere des Wachstums zwischen Nordrhein-Westfalen und den anderen westlichen Bundesländern inzwischen auf Heller und Pfennig geschlossen ist und Nordrhein-Westfalen auf das Komma genau im letzten Jahr zum ersten Mal ein mit allen westlichen Bundesländern gleiches Wachstum erreicht hat. Das gehört zur Redlichkeit der Diskussion dazu.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollegen Linssen, Sie können zehn Jahre zusammenzählen und mögen meinetwegen auch noch fünfundzwanzig Jahre zurückschauen. Sie werden dabei irgendwann übersehen, daß sich Nordrhein-Westfalen in der Zwischenzeit geändert hat und weiter ändern wird, daß wir mit unserem Wirtschaftswachstum die westlichen Bundesländer wieder eingeholt haben. Wundern Sie sich nicht. Sie werden sich umschauen, denn 1999 sind wir auf einmal vor den anderen. Sie müssen da mit allem rechnen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Minister Clement!

Wolfgang Clement,⁷⁾ Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Es mag Ihnen nicht passen, daß das so ist. Aber es wird so stattfinden.

Dann haben Sie mehrere Kürzungsvorschläge vorgetragen, die ich gar nicht im einzelnen durchgehen will, sondern von denen ich nur zwei herausgreifen möchte.

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Ich darf Sie an das Ende Ihrer Redezeit erinnern.

Wolfgang Clement,¹⁾ Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Wenn Sie erlauben, Frau Präsidentin, will ich nur ganz kurz auf die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen eingehen. Darüber zerbrechen Sie sich schon seit Jahren den Kopf. Sie haben allerdings nie einen vernünftigen Weg gefunden. Wenn Sie ernsthaft fordern, wir sollten die Filmstiftungsmittel um 15 Millionen DM kürzen, bedeutet das de facto eine Kürzung um 30 Millionen DM, weil der WDR seine Filmstiftungsmittel dann ebenso kürzen muß. Das bedeutete eine Schließung der Filmstiftung. Das bedeutete, den Motor der Film- und Medienindustrie in Nordrhein-Westfalen abzuriegeln, und das wiederum bedeutete den Verzicht auf Tausende von Arbeitsplätzen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Ruth Hieronymi [CDU]: Das ist einfach falsch.)

- Frau Kollegin Hieronymi, ich würde Ihnen doch einmal empfehlen, sich einmal mit den Unternehmen, die inzwischen aus der Kraft dieser Fördermittel entstanden sind, und dem, was inzwischen an Förderinstrumentarien vorhanden ist, zu beschäftigen. Dann würde ich Ihnen gerne noch sagen ---

(B)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erinnere Sie trotzdem noch einmal an das Ende Ihrer Redezeit.

Wolfgang Clement,¹⁾ Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Frau Präsidentin, ich bin sofort fertig.

Herr Kollege Dr. Linssen, ich wollte Ihnen gerne noch etwas zur WestLB sagen. Tausende und Abertausende von Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen wären nicht mehr da, stünde die WestLB nicht zur Verfügung. Wer je das Verhältnis zwischen öffentlichen Sparkassen und privaten Banken und der Westdeutschen Landesbank als der Zentrale und dem Koordinationszentrum in Frage stellt, der muß wissen, daß er damit hier Tausende von Arbeitsplätzen aufs Spiel setzt. Ich kann Ihnen bis auf den heutigen Tag von Gesprächen mit Unternehmen berichten, die nur noch deshalb weiterexistieren, weil es die Westdeutsche Landesbank in dieser Konfiguration gibt.

Deshalb kann ich Ihnen versichern: Wir denken nicht im Traum daran, dieses wichtigste Strukturinstrument des Landes aus der Hand zu geben. - Ich danke Ihnen sehr. (C)

(Lang anhaltender Beifall bei SPD und Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Dr. Linssen das Wort.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Anhaltend Zurufe von SPD und GRÜNEN)

- Ich weiß schon, Sie können gar nicht genug von uns bekommen. Sie haben mich gestern morgen gehört und hören mich heute abend. Wenn Sie mich jeden Tag hören wollen - vor mir aus, herzlich gerne. Wir sind Ihnen doch noch viel zu abstinent.

Wir reden allerdings nur dann, wenn wir das wollen und nicht, wenn Sie das wollen, damit das klar ist!

(Beifall bei der CDU - Lachen bei SPD und GRÜNEN)

Ich hätte ja furchtbar gerne --- (D)

(Zurufe von der SPD - Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Johannes Rau)

- Sehen Sie, der Ministerpräsident sagt es gerade auch. Er redet eben nur zur dritten Lesung und nicht heute. Das ist sein freier Wille. Welche Schlüsse auch immer die Öffentlichkeit daraus zieht - es unterliegt bei uns und bei Ihnen der gleichen Beurteilung.

Herr Minister Clement, ich hätte mir gewünscht, daß Sie beispielsweise, als Herr Busch über amerikanische Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland gesprochen hat, einmal Ihre Erkenntnisse zu den amerikanischen Verhältnissen hier kundgetan hätten, weil man dann vielleicht in der Koalition etwas weitergekommen wäre. Herr Busch hat nur diffamiert, und ich weiß, daß Sie zum Beispiel den Standpunkt vertreten, daß wir, was Arbeitsplatzschaffung angeht, durchaus von Amerika lernen können. Darin würde ich Ihnen auch recht geben.

(Zuruf von der SPD)

Denn es sind nicht nur Billig-Jobs - das muß man den GRÜNEN ja immer erst erklären -, sondern es

(Dr. Linssen [CDU])

(A) sind zum Teil hochqualifizierte Jobs, die mit dem "Arbeitsplatzwunder" in Amerika geschaffen worden sind.

(Brigitte Speth [SPD]: Hire and fire! - Lachen bei den GRÜNEN)

Ich möchte in vielen Sozialbereichen die Verhältnisse aus Amerika nicht übertragen haben. Aber vielleicht sehen wir uns das Ganze ein bißchen differenzierter an. Vielleicht lassen Sie sich, Herr Busch, von Wirtschaftsminister Clement einmal ein Kolloquium privatissime et gratis geben, damit Sie auf den neuesten Stand der Entwicklung kommen.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Ich habe diesem Haushalt nicht die Verfassungsmäßigkeit bescheinigt, Herr Busch, nur damit das nicht in einen falschen Hals kommt; man muß ja bei Ihnen immer nachhelfen. Sondern ich habe gesagt: Bei dem einen Kriterium, was Investitionen und Verschuldung angeht, wird mit 7,3 Milliarden DM Investitionen gerade um 200 Millionen DM die Verfassungsgrenze noch gehalten. Aber, was Artikel 81 der Landesverfassung angeht, wonach die Daten nicht fahrlässig oder wissentlich falsch eingesetzt werden dürfen, wird bei der Steuer gegen die Verfassung verstoßen. Dabei bleiben wir.

(B) (Beifall bei der CDU)

Es ist schon merkwürdig, daß immer dann, wenn die Zahl der Arbeitsplätze weniger wird, die Bundespolitik und Bonn daran schuld sind. Das haben wir gerade von Herrn Busch auch wieder gehört. Als allerdings damals 800 000 Arbeitsplätze auch hier im Lande geschaffen wurde, war das natürlich ein Verdienst der Landesregierung.

(Ja! und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich erinnere mich noch sehr genau daran. Auch da müssen Sie vielleicht einmal ---

(Zuruf des Ernst-Martin Walsken [SPD])

- Aber, Herr Walsken, so dumm sind Sie doch nun auch nicht. Wenn die Zahl der Arbeitsplätze hier wächst, meinen Sie allen Ernstes, das sei ein Verdienst der Landesregierung, und wenn Sie wegbleiben, sei das die Schuld von Bonn? So dumm sind Sie doch wirklich nicht, Herr Walsken!

(Zurufe von der SPD - Brigitte Speth [SPD]: Das ist doch Ihre Argumentation, nur umgekehrt!)

Ich habe mir gewünscht, daß der Wirtschaftsminister dieses Landes vielleicht etwas zu den Öko-Abgaben sagt.

(Beifall bei der CDU)

Denn, Herr Clement, wenn Sie schon beklagen, daß die Betriebe zu sehr belastet sind - und darüber bin ich mit Ihnen einig -, dann müssen wir eben alles tun, um davon herunterzukommen. Sie haben natürlich recht, wenn Sie sagen, die Erhöhung bei der Rentenversicherung um 1 % treffe die Arbeitgeber, die Betriebe mit 7,5 Milliarden DM. Wenn wir sie beim Solidaritätszuschlag um 1 % oder 2 % entlasten, also um 4 oder 8 Milliarden DM, dann würden wir, zumindest bei 2 %, diese Belastung für die Unternehmen kompensieren.

Sie hingegen, Herr Clement, wollen es so belassen. Das heißt, Sie möchten offensichtlich gerne, daß bei der Rentenversicherung das eine Prozent draufkommt und es beim Solidaritätszuschlag bleibt.

(Brigitte Speth [SPD]: Wie kommen Sie denn darauf?)

Ich will Ihnen auch sagen, warum Sie glauben, daß das draufkommen muß: weil Sie sich an der Debatte um Schritte zur Sanierung der Rentenversicherung nicht beteiligen!

(Lachen bei der SPD)

- Ja, entschuldigen Sie, Herr Dreßler in Bonn verweigert sich doch. Im Gegensatz zu früher hat er doch die totale Oppositions- und Blockadepolitik von Herrn Lafontaine in dem Bereich übernommen.

(Reinhold Trinius [SPD]: Wie nennen Sie denn das, was Sie machen?)

Ich wünsche mir, daß Sie zu den sozialen Nebenkosten oder Zusatzkosten vielleicht morgen früh, wenn wir hier über die Kurorte debattieren, Ihre Meinung einmal artikulieren. Das wird eine wahre Freude werden.

(Beifall bei der CDU)

Nein, nein, Sie müssen sich schon an Sparvorschlägen beteiligen, die zu den Sozialversicherungssystemen vorgetragen werden. Sie können da nicht die angenehme Seite der Opposition einstreichen und dann laut beklagen, wenn die Betriebe von zu hohen Zusatzkosten belastet sind. Das paßt vorne und hinten nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(Dr. Linssen [CDU])

(A) Ich wünsche mir auch, Herr Clement, daß Sie zum Beispiel das, was Sie bei den Industrie- und Handelskammern zur Gewerbesteuer vortragen, auch hier sagen und daß Sie in Bonn Ihre Stimme erheben, damit die SPD endlich zusammen mit uns diese unerträgliche Belastung von den Unternehmen wegnimmt. Das wäre wirklich etwas. Herr Clement, Sie haben doch das Dilemma, daß Sie mit guten Vorschlägen bei einer bestimmten Klientel zu Hause sind, aber keine Kraft haben, das in Ihrer Partei durchzusetzen.

(Beifall bei der CDU - Minister Wolfgang Clement: Das ist Ihre Interpretation!)

Das ist Ihr Dilemma.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Dr. Linssen!

Dr. Helmut Linssen (CDU): Ja, ich komme zum Schluß, Frau Präsidentin.

Es wäre wirklich wünschenswert, wenn wir uns einmal Zeit dafür nähmen, zu eruieren, warum wir denn im Oktober 10,4 % Arbeitslosigkeit haben, Baden-Württemberg aber nur 6,4 %. Dann trägt der Ministerpräsident immer vor, daß die Zuwachsrate der Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg größer gewesen sei als bei uns. Recht hat er. Aber es ist natürlich ein Spiel mit Zahlen.

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau: Nein!)

Von 9 auf 10 zu kommen, sind 11 %.

(Minister Wolfgang Clement: Durch die Entscheidungen der Bundesregierung werden wir noch höher kommen!)

Aber von 5 auf 6,5 zu kommen, das sind 30 %. Insofern haben Sie recht. Nur ist das ein ganz anderer Level, und es gehört zur Ehrlichkeit der politischen Diskussion, daß man vorträgt: Wir haben eine fast doppelt so hohe Arbeitslosigkeit wie Baden-Württemberg.

Und dann muß man sich fragen: Woher kommt denn das? Das können Sie nicht wegdiskutieren, indem Sie seit 30 Jahren, seit 1966, hier vortragen: "Es liegt an Kohle und Stahl" und dann die wohlfeile Formulierung nehmen: "Wir sind nicht mehr ein Land von Kohle und Stahl, sondern wir sind ein Land mit Kohle und Stahl." Das ist wunderschön, aber nach 30 Jahren noch mit immer derselben Argumentation zu kommen, ist zu dünn,

und deshalb werden Sie demnächst auch abgewählt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Matthiesen das Wort.

Klaus Matthiesen (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der letzte Satz des Oppositionsführers sollte bei uns geradezu "schockartig" wirken.

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Aber, Herr Dr. Linssen, Sie haben heute und gestern Pech: Alles, was Sie hier bieten, ist eine mit einem bißchen Ernst durchsetzte Lachnummer, die von Auftritt zu Auftritt für das Publikum nicht attraktiver wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich habe mich nicht gemeldet, weil ich dachte, es müßte jetzt unbedingt meines Auftritts bedürfen, um das, was Sie hier vorgetragen haben, richtig einzuordnen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Dann lassen Sie es!)

Mein Eindruck war, daß Reinhold Trinius das für uns hervorragend gemacht hat. Dazu bedurfte es gar keiner Ergänzung.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im übrigen gebe ich Ihnen einen Rat - ich weiß zwar nicht, ob Sie ihn annehmen, aber manchmal könnten Sie ihn freundschaftlich annehmen -: Wenn man in der Politik angeschlagen ist,

(Lachen und Beifall bei der CDU)

dann braucht man genauso wie ein Boxer eine Ruhepause, denn die Häufigkeit der Kämpfe, in die man sich hineinbegibt - das taten Sie heute in unglaublicher Schnelligkeit -, macht erstens nicht treffsicherer, und zweitens wird die Kondition auch nicht besser; dies hat man bei Ihnen bemerkt.

(Beifall bei der SPD - Brigitte Speth [SPD]: Das war zu spät!)

Der Grund, warum ich mich gemeldet habe, Herr Kollege Linssen, ist, daß Sie die Damen und Herren auf der Tribüne, die wir herzlich begrüßen, gestern und heute mit einem von Ihnen unterzeichneten

(C)

(D)

(Matthiesen [SPD])

- (A) persönlichen Anschreiben hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen willkommen geheißen haben. Sicherlich haben alle Besucherinnen und Besucher der Plenarsitzungen am 11. und 12. Dezember 1996 dieses Schreiben gelesen. Darin steht - Absender der CDU-Fraktionsvorsitzende -:

"Sehr geehrte Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion hat beschlossen, sich in der Debatte über den Landeshaushalt 1997 in der zweiten Lesung am 11. und 12. Dezember 1996 nicht zu beteiligen. Wir halten den von Finanzminister Schleißer (SPD) vorgelegten Entwurf für verfassungswidrig..."

(Beifall bei der CDU)

- Damit habe ich gerechnet, daß Sie klatschen. Was bleibt Ihnen denn auch anderes übrig, als diesen blödsinnigen Text zu beklatschen?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Nachdem Sie hier das Schauspiel der Nichtzuständigkeit kollektiv vorgeführt haben, müssen Sie diesem angeschlagenen Verhalten noch den Restbeistand leisten, damit es für die CDU nicht ganz aus dem Ruder läuft.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

- (B) Es heißt:

"Wir halten den von Finanzminister Schleißer (SPD) vorgelegten Entwurf für verfassungswidrig, weil er gegen den Grundsatz der Haushaltswahrheit verstößt."

(Beifall bei der CDU)

- Ich habe damit gerechnet, daß ich Ihren Beifall bekomme.

Meine Damen und Herren auf der Tribüne, ich gehe davon aus, daß Sie beim Betreten der Busse zur Abfahrt vom Fraktionsvorsitzenden der CDU und von den Mitarbeitern einen anderen Brief bekommen,

(Manfred Böcker [SPD]: Mit Handschlag verabschiedet!)

der sinngemäß folgendes enthalten würde:

"Ich muß Ihnen den auch für Sie erfahrbaren Sinneswandel erläutern, denn ich habe mich - obwohl ich heute morgen das Gegenteil angekündigt hatte - mehrfach an der Debatte beteiligt. Der Grund, meine Damen und Herren, liegt darin, daß der Vorwurf, dieser Haushalt sei verfassungswidrig, einer näheren Überprüfung

der CDU-Fraktion in der Zwischenzeit nicht standgehalten hat." (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im übrigen: Wir sprechen uns in der nächsten Woche, und Sie müssen dann die Frage beantworten - heute haben Sie gesagt, der Haushaltsentwurf sei verfassungswidrig -, ob Sie die Generaldebatte mit dem Vorwurf der Verfassungswidrigkeit führen wollen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ja, natürlich!)

Wollen Sie vorher einen Zwischenschritt einführen? - Wir werden das sehen.

Es ist, Herr Kollege Linssen, ein großes Armutszeugnis, daß Sie erst am Schluß der Debatte - obwohl Sie sich ja gar nicht mehr einmischen wollten - ein paar Sätze zur Arbeitslosigkeit, zur wirtschaftlichen Entwicklung, zum Strukturwandel unseres Landes und zur Technologieförderung gesagt haben. Ich finde es bedauerlich, daß man Sie niemals mit einer deutlichen Ansprache als Vertreter der Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen wahrnehmen kann.

(Beifall bei der SPD)

Dafür möchte ich zwei Beispiele nennen:

Von Ihnen als Oppositionsführer des Landes hätte ich erwarten dürfen, daß Sie die Interessen des Landes (D)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wer spricht jetzt eigentlich nur über Bundespolitik?)

bei der Auseinandersetzung um die Vermögenssteuer sowohl verteilungspolitisch als auch einkommensmäßig für das Land Seite an Seite mit uns vertreten hätten.

(Beifall bei der SPD)

Statt dessen haben Sie durch Ihre Position den Interessen des Landes schwer geschadet.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wo denn? - Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das weiß er selber nicht!)

Wenn Sie hier mit einem Anflug von Zynismus den Strukturwandel der Kohle abhandeln, dann sage ich Ihnen ganz deutlich: Ich hätte von Ihnen angesichts der Tatsache, daß wir es im Durchschnitt mit dreißigjährigen Bergleuten zu tun haben, denen die Massenarbeitslosigkeit droht, falls sie nicht im Bergbau bleiben können, erwartet, daß Sie sich zum Fürsprecher der Arbeitsplätze der Kumpels im

(Matthiesen [SPD])

(A) Sinne des IGBE-Vorschlags gegenüber Ihrer eigenen Bundesregierung gemacht hätten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Matthiesen!

Klaus Matthiesen (SPD): Ich komme, meine Damen und Herren, zum Ende, weil die Redezeit abgelaufen ist.

Ich bin sehr enttäuscht über Ihre Rolle, die Sie hier gespielt haben: Sie haben hier keine Oppositionsrolle im eigentlichen Sinne gespielt. Denn dazu gehört es, die Regierung und die Koalitionsfraktionen zu kritisieren, wenn man das kann und gute Argumente hat. Es ist aber schlimm, daß Sie hier keine Opposition gemacht haben, sondern nur Obstruktion. Das Markenzeichen, das wir Ihnen schon nach diesen zwei Tagen ankleben müssen, ist, daß Sie nicht die Opposition dieses Landes sind, sondern Sie sind die Obstruktion des Landes. Das ist die wirklich schlimme Erfahrung, die Sie im Parlament und in der Öffentlichkeit hinterlassen haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(B)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Linssen für die CDU-Fraktion das Wort.

(Zurufe von der SPD - Stefan Frechen [SPD]: Herr, hilf!)

Dr. Helmut Linssen (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Matthiesen hat zum Schluß der Debatte zwei Punkte aufgeführt, nämlich die Vermögensteuer und das Schicksal der Bergleute. Ich möchte nur zu dem letzten Punkt zwei Sätze sagen.

(Zurufe von der SPD: Erster Satz!)

Mein Vorschlag, der Vorschlag unserer Fraktion zu dieser Angelegenheit liegt seit Januar auf dem Tisch; er ist breit diskutiert worden.

Zweiter Satz: Offensichtlich waren meine Argumente in der Nacht der Fraktionsvorsitzenden beim IGBE-Vorsitzenden Hans Berger so überzeugend, daß auch die SPD darauf verzichtet hat, die 7 Milliarden DM in diesem Papier festzuschreiben.

(Zurufe von der SPD: Was?)

Sie müssen sich fragen lassen, Herr Kollege Matthiesen, warum Sie das wohl getan haben: weil Sie meinen Kurs richtig gefunden haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

(C)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Kollegen Appel das Wort.

Roland Appel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Herr Linssen, Sie haben - ich glaube, es war zu Anfang Ihres vorletzten Statements - gesagt, Sie wollten es sich ersparen - ich hoffe, daß ich Sie richtig wiedergebe -, sich mit dem auseinanderzusetzen, was Herr Kniola gesagt hat. Ich finde, Sie hätten es uns allen ersparen sollen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ich habe mich die ganzen zwei Tage gefragt - auch heute morgen nach diesem Affentänzchen, das wir zu Anfang anlässlich des Umwelthaushalts hatten -, wann Sie denn nun mit Ihren Sachargumenten herüberkommen. Ich habe bis jetzt keine gehört. Sie haben sich vielmehr in allgemeine Reden geflüchtet. Sie haben, indem Sie zum Beispiel den Blick der Öffentlichkeit auf 100 000 DM für Schwulen- und Lesbenpolitik gelenkt haben, mit Allgemeinplätzen davon abzulenken versucht, daß es ein 13,1 Milliarden DM umfassendes Programm für Arbeit und Umwelt gibt, um das aufzufangen, was in diesem Land an industriellen Arbeitsplätzen wegbrechen wird.

Von dem also, was diese Koalition gemeinsam schafft, haben Sie abzulenken versucht. Sie haben hier nicht zum Schulhaushalt geredet, zum innenpolitischen Haushalt nicht, zum Justizhaushalt nicht; Sie haben sich in Abstinenz geübt.

Wir sind auch aufgrund Ihres Flugblattes sicher, daß die Bürgerinnen und Bürger im Lande Ihre Strategie genau durchschaut haben.

(Heinz Hardt [CDU]: 1,2-Milliarden-Loch!)

Denken Sie noch einmal darüber nach, ob das die richtige Taktik war. Auch die Überschriften in den Zeitungen heute sollten Sie dazu veranlassen.

Mit Ihnen persönlich muß ich kein Mitleid haben. Als GRÜNER würde ich sagen: Sie als Oppositionsführer, bleiben Sie möglichst lange dran, Sie sollten wir uns halten!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(D)

(Appel (GRÜNE))

(A) Aber im Interesse des Landes würde ich sagen, Herr Linssen: Diese Art von Oppositionspolitik haben nicht einmal die CDU-Wähler verdient, hat dieses Land nicht verdient, hat die Verfassung nicht verdient. Machen Sie endlich anständige Oppositionsarbeit!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Gibt es weitere Wortmeldungen? -

(Lebhaftes Zurufe von der SPD: Ja, Herr Linssen! - Rhythmische Klatschen bei der SPD - Unruhe - Glocke)

Das ist nicht der Fall. Dann **schließe** ich die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Ich lasse erstens über den **Einzelplan 12** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 12/1612 abstimmen. Wer die Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **so beschlossen**.

(B) Ich lasse zweitens über den **Einzelplan 20** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 12/1616 abstimmen. Wer dem die Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist dies mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

Ich rufe drittens das **Haushaltsgesetz 1997** zur Abstimmung auf. Wir stimmen zuerst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/1595** ab. Wer dem die Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist dies mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das **Haushaltsgesetz 1997** und somit zur **GesamtAbstimmung in zweiter Lesung** entsprechend der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 12/1600**. Wer dem die Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Haushaltsentwurf 1997 in zweiter Lesung mit den Stimmen von SPD und

GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir sind damit am Ende der Haushaltsberatung zur zweiten Lesung. Zur Vorbereitung der dritten Lesung lasse ich über die **Rücküberweisung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997 an den Haushalts- und Finanzausschuß** abstimmen. Wer dem seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? -

(Lachen bei SPD und GRÜNEN)

Gibt es Enthaltungen? - Damit ist die Rücküberweisung des Entwurfs Haushaltsgesetzes 1997 in der Fassung nach der zweiten Lesung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **beschlossen** und der einzige Punkt der heutigen Tagesordnung erledigt.

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Ich berufe das Plenum für morgen, 10 Uhr, wieder ein und wünsche Ihnen einen ruhigen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 16.22 Uhr

*) Vom Redner bzw. der Rednerin nicht überprüft (§ 105 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Redner und Rednerinnen.

Anlage

18. Dezember 1996/Ausgegeben: 19. Dezember 1996

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.